

Sächsische Landeszeitung für die Provinz Sachsen



In ganz Halle
die einzige 2 mal täglich erscheinende Zeitung

Morgen-Ausgabe

für Anhalt und Thüringen

Jahrg. 217 Nr. 116/172

| | | |
|---|--------------------------------|---|
| Bezugspreis: monatlich 3,40 Goldmark. — Bestellungen nehmen sämtliche Postämter, Zeitungsverleger und weitere Versandagenturen entgegen. — Höhere Gewinne enthält den Betrag von Subskribenten. | Halle-Saale | Anzeigenpreis: Die 8 Spaltenzeile 84 mm breit mit 10-12 Zeilen. Kleinanzeigen: 6 Pfennig. Familien-Anzeigen: 4 Pfennig. Stellenanzeigen: 2 Pfennig. Die 3 gerahmten Spalten: 10 Pfennig. Rabatt nach Tarif. Erhaltungssatz Halle-Saale. |
| Verkaufsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Centrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktions 5809 und 5810. — Postfach Leipzig Nr. 513. | Mittwoch, 23. Juli 1924 | Geschäftsstelle Berlin: Sternburger Str. 30. Fernruf Amt Karfunkel Nr. 8810. Etwa Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Heile, Halle-Saale. |

Die gefährdete Londoner Konferenz

Das verstimmt Frankreich

Unbehagen in Paris

Paris, 22. Juli.

Die neuen Garantieforderungen der amerikanischen Bankiers bilden das Hauptthema für die Morgenblätter, die zum ersten Male die Frage aufwerfen, ob es sich jetzt um eine ernsthafte Gefährdung der Konferenz handelt. Interessant ist die Stellungnahme der Presse, je nach dem Parteistand, wobei man das meiste zwischen den Zeilen herauslesen muß. Erst kann man nämlich die ganze Stimmung der Franzosen über die Stellungnahme der Bankiers in London erkennen. Das „Petit Journal“ drückt sein Erstaunen darüber aus, daß die amerikanischen Bankiers jetzt auf Sollicit drücken, und fragt weiter, ob Normann und Lamont nicht lieber sollten, die Forderungen der Geldverleiher zu vertreten. Unter „politischer Berichterstattung“ verlesen die Franzosen offenbar den energischen Widerspruch der amerikanischen Bankiers gegen jede isolierte Vorgehensweise Frankreichs. Wenn der „Matin“ heute von einer ernsten, wenn nicht sogar tragischen Schwierigkeit spricht, so meint er damit ausschließlich in erster Linie die immer in Hintergründe schiebende „Möglichkeit“ einer Revision des Versailler Vertrags, die Frankreich bekanntlich unbedingt vermeiden möchte.

Eine Erklärung Herriots

Berlin, 22. Juli.

Wie der „Köln-Anzeiger“ meldet, soll Herriot nach seiner Unterredung mit Lamont schließlich den amerikanischen Kapitalisten erklärt haben, die innerpolitische Lage ermögliche es ihm, Herriot, nicht die geforderten Zusicherungen den Bankiers zu gewähren.

Die „maßlosen“ Forderungen der Deutschen

Paris, 22. Juli.

Die für morgen in Aussicht genommene Diskussion der Londoner Konferenz dürfte wegen der gestern erfolgten Aktion der anglo-amerikanischen Finanziers auf ein unbestimmtes Datum hinausgeschoben werden. Unbereits ist die Einladung der Deutschen wie der „Information“ aus London gemeldet wird absolut zurückgegriffen worden.

Ein Londoner Vertreter des genannten Blattes gibt eine pessimistische Schilderung von der Situation. In den anglo-belgischen Kreisen der Londoner Konferenz werde die von den anglo-belgischen Finanziers unternommene Offenheit als schwerwiegend beurteilt. Die Deutschen seien, wenn sie zu der Londoner Konferenz eingeladen werden, sich mit maßlosen Forderungen (1) einstellen zu wollen und namentlich die Überwindung sämtlicher alliierten Beamten aus den rheinischen Gebieten zu fordern, sowie die Interdubung jeder selbständigen Aktion. Sie werden weiterhin die Festsetzung neuer, näherliegender Forderungen für die militärische Räumung der Ruhr und der drei letzten Kohlen-, Eisen- und Zinkminen, sowie auch des gesamten linken Rheinufer verlangen.

Morgan reist nach London

Paris, 22. Juli.

Pariser Mitteilungsblättern wird aus New-York gemeldet, daß der Bankier J.P. Morgan sich am 26. Juli nach London einschiffen wird. Er erklärt, daß seine Reise in keinerlei Zusammenhang mit der deutschen Anleihe stehe.

Amerika bleibt hart

Hughes steht hinter den Bankiers

Berlin, 22. Juli.

Aus London berichtet der „Köln-Anzeiger“, daß Staatsminister Hughes, der seine Rede vor den Kongress einigen Journalisten im voraus zur Verfügung stellte, unter dem Eindruck der Schritte der Bankiers den Text anzuheben und sagte, das Konferenzergebnis müsse allen Interessierten zugute kommen. Er werde hierfür sein Bestes tun, doch darüber, daß Hughes hinter den Bankiers steht. Die neuen Forderungen der Bankiers mit allen Finanzministern und allen Premieren dauern zur Stunde noch an. Die Spannung ist sehr groß.

Ein belgischer Kompromißvorschlag in der Sanktionsfrage

London, 22. Juli.

(Eigener Drahtbericht.)
Zwischen den Delegationen hat heute ein umfangreicher Reinigungs-austausch über die Frage stattgefunden, ob den Anliehsgebern die gestern formulierten Zugabegarantien genügt werden könnten. Der belgische Ministerpräsident hat schließlich eine Kompromißformel vorgebracht, nach welcher die Erfüllung deutscher Verpflichtungen nur der Reparationskommission zuzuführen ist, die aber neben der Einholung eines Gutachtens des Generalagenten für Reparationen und eines Vertreters der Geldgeber auch noch ein Gutachten des Dawes-Komitees oder des Finanzkomitees des Völkerbundes zu Rate ziehen muß, bevor die Reparationskommission deutsche Verpflichtungen feststellt. Das Dawes-Komitee würde zu diesem Zwecke wieder zusammenberufen werden.

Noch immer keine Einladung an Deutschland

London, 22. Juli.

(Eigener Drahtbericht.)
Die Führer der alliierten Delegationen und der amerikanischen Delegierten Collogg sind heute vormittag in der Downing Street zu einer Versprechung zusammengetreten. Im Verlauf dieser Aussprache wurde von Macdonald die Frage der erneuten Einladung deutscher Delegierter an die Konferenz zur Sprache gebracht. Eine Entscheidung hierüber ist jedoch noch nicht gefallen. Die britische Delegation wurde daraufhin, ihren Standpunkt schriftlich mitzuteilen. Die amerikanischen Delegierten äußerten sich über die Frage der Einladung der Deutschen vor dem Hintergrund der deutschen Delegationen zu äußern, die die französische Delegation nur dann auf Grund dieses Gutachtens entscheiden, ob ein Grund vorliegt, die Deutschen sofort nach London zu laden oder ob sie erst später, vor der Reparationskommission an Worte kommen sollen. (1)

Die Fraktionen beim Reichskanzler

Berlin, 22. Juli.

(Eigener Drahtbericht.)
Der Reichskanzler empfing heute nachmittags gegen 6 Uhr die Reichsleiter des Reichstages mit Ausnahme der Nationalsozialisten und Kommunisten und zwar erschienen von der Deutschnationalen Volkspartei Bergt und Hochst, von der Deutschen Volkspartei Bapf und Curtius, vom Zentrum Spahn und Jochenow, von der Nationalen Volkspartei Klotz und Gumbinger, von den Demokraten Koch und von den Sozialdemokraten Hermann Müller und Gifferting. Der Reichskanzler unterrichtete die Reichsleiter vertraulich über die zum Dawesgutachten anberaumten Gespräche.

Von anderer Seite hören wir, daß in dieser Aussprache, in der u. a. außer dem Reichskanzler und den Reichsleiterminister Dr. Stresemann auch die Minister Dr. Luther und Dr. Jarres teilnahmen, die parlamentarische Lage erörtert wurde, wie sie sich demnach gestalten kann. Ueber den Inhalt dieser Besprechung wurde jedoch die Vertraulichkeit vollkommen gewahrt.

Tirpitz über den Sachverständigenbericht

New-York, 22. Juli.

Die Wälder des „International News Service“ bringen ein Interview seiner Spezialkorrespondentin in Berlin. Witz Hiltner mit Tirpitz über den Sachverständigenbericht. Darin heißt es:

„Meine Stellung ist die eines Mannes, der nicht ausschließlich Parteipolitiker ist, wie ich dies öffentlich erklärt habe, als ich in den Reichstag eintrat. Ich habe kein anderes Ziel, als alle Parteien des Reichstages mit Ausnahme der sozialistischen Gruppen für das allgemeine Beste der Nation zusammenzuführen. Es sind jedoch gerade die Sozialisten, die eine heftige Propaganda für die Annahme des Dawes-Gutachtens machen. Sie behaupten, daß sie diesen Standpunkt rein aus patriotischen und idealistischen Motiven einnehmen, aber in Wahrheit geht ihr einziges Streben dahin, in Deutschland ihre politische Macht zu vergrößern. War unsere Unterzeichnung unter dem Versailler Vertrag dadurch erreicht worden, daß man uns die Spitze auf die Brust setzte, würde die Annahme und Ausführung des Dawes-Gutachtens nach festem Verstand und Würde das Schwert in unser Herz stoßen.“

Die Alliierten wußten, daß als Kanzler mich der Annahme des Dawes-Gutachtens in seiner jetzigen Form widerstehen würde und deshalb wurde von ihnen gegen meine Benennung Einspruch erhoben.“

Der weitläufige amerikanische Staatsmann in ihrem Senat erklärte schnell die Gefahr, die für die Welt in dem Artikel 10 des Weimarer-Bundesgesetzes verborgen liegt. „Ich bin bestürzt, daß ich glaube die Amerikaner sich jetzt noch nicht die Gefahren erwidert haben, die für die Welt in diesem Dokument verborgen sind.“

Die Annahme der Bedingungen des Dawes-Gutachtens und der Versuch, diese unumgänglichen Bedingungen unterzusehen auszuführen, würden den amerikanischen Exporthandel so mächtig beeinträchtigen, daß eine Periode eines allgemeinen Wirtschaftskrisens in den Vereinigten Staaten daraus entstehen könnte.

„Das Dokument, wie es heute ist, wird tödlich für uns. Ich kann nicht sagen, welche Änderungen erreicht werden könnten, aber es muß der Welt klar werden, daß wir hilflos sind, dem Druck der zwei herrschenden Mächte Europas Widerstand zu leisten. Auf einer Bedingung würde ich heute bestehen haben, und das ist die, daß gleichzeitig mit unserer Einwilligung den Bericht anzunehmen, die Franzosen fürgeben und die Franzosen die beiden Gruppen und ebenso die belgischen Gruppen sofort die Ruhr- und die Rheinlanden, die sie unermäßig besetzt haben, räumen sollen. Zu letztem Schritt gab die britische Regierung unsere Zustimmung zu, daß diese Einrückungsgebiete unermäßig besetzt bleiben.“

Trotz der Ablehnungen, die als Propaganda für die Annahme des Dawes-Gutachtens hinausgeschickt wurden, ist dieser Bericht jetzt auf den Versailler Vertrag basiert. Der Premierminister Macdonald hat zugegeben, daß der Bericht in vielen Fällen über den Vertrag hinausgeht.

Während der Bericht der Sachverständigen Mac Kenna-Bericht anstatt Dawes-Bericht heißen, so glaube ich, daß er in diesem Sinne angesetzt geprüft würde. Dann würde ich wohl sagen, daß der Plan nur ein Schulspiel und der Bericht eine Kur für die internationalen Bankleute auf Kosten Deutschlands darstellt. Ich glaube nicht, daß selbst General Dawes die ganze Tiefe der Unmöglichkeit versteht, die in diesem Dokument liegt. Aber die alliierten Diplomaten sind nicht ganz klar über die Möglichkeiten, die er enthält, um Deutschland weiter zu verdrängen.“

Die Korrespondentin fragte schließlich den Admiral, was für Verträge er zu machen hätte, um die Entschuldigungsfrage in Ordnung zu bringen. Er erwiderte: „Ich denke, daß die Frage in einer viel präziseren und greifbareren Art behandelt werden könnte, wenn sie einem unparteiischen Komitee, zusammengesetzt aus Ihren amerikanischen Senatoren, Herren Wilson und Hoover, überlassen würde. Ich würde jedoch einem Komitee aus mir, das eine autoritative Lösung finden würde. Sicher bin ich, daß sie nicht etwa für Unbeantwortliches tun würden wie das, die wirtschaftlichen von den politischen Fragen zu trennen.“

Zwanzig-Millionen-Kredite für die Gemeinden des besetzten Gebietes

Berlin, 22. Juli.

Der Reichstagsausschuß für die besetzten Gebiete beschloß, einen Betrag von mindestens zwanzig Millionen an die Reichsregierung zu stellen für die Kredite für die Gemeinden des besetzten Gebietes, die infolge der Wohnungsnot und des Mangels an Arbeitskräften in größerer Zahl wieder aufnehmen müssen. Der Ausschuss muß fernerhin ein schriftliches Zentrumsantrag an, der ein Einverständnis der Reichsregierung zur Befreiung der neuerlichen Bau- und Gewerbe-Schwierigkeiten fordert.

Sechs Monate Gefängnis für patriotische Lieder

Genève, 22. Juli.

Bekanntlich hat der französische Disziplinarausschuß vor kurzem Strafmaßnahmen wegen des Vortrages deutscher patriotischer Lieder anlässlich eines Konzertes im Stadgarten verhängt. Am Abend des 9. Juli wurde im Stadgarten ein Feuerwerk veranstaltet, mit dem ein Konzert des „Bühnenkomitees“ seinen Höhepunkt erreichte. Das Konzert wüchse sich programmmäßig ab, nur gab der Dirigent hin und wieder eine Zugabe, und zwar legte er folgende drei Lieder ein: „O Deutschland hoch in Ehren“, „Das Flaggenlied“ und das bekannte „Alles Weimob-Lied“. Das erwähnte Lied wurde unter Einwirkung des hiesigen Besatzers der Zuhörer wiederholt, wobei das Publikum mitlief.

Die französischen Offiziere, die im hiesigen Colonneur bei Casino waren, hörten die Lieder und nahmen an ihnen Anstoß. Die Folge davon waren Strafmaßnahmen, u. a. die einseitige Einstellung der Stadgarten-Konzerte. Die französischen Behörden erholten außerdem Anklage gegen den Musikdirektor Müller sowie gegen die Musiker des Stadgartens, die Herren Meier und Dreher. Die Angelegenheit stand gestern vor dem französischen Kriegsgericht zur Untersuchung. Die angeklagten drei Herren befinden sich auf freiem Fuß. Ihnen wird zur Last gelegt, durch den Vortrag der drei patriotischen Lieder gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung sowie gegen die Sicherheit der Besatzungstruppen verstoßen (§ 2) zu haben. Das Kriegsgericht kam zu einer Verurteilung und erkannte gegen den Dirigenten Müller auf sechs Monate Gefängnis, gegen Dreher auf 800 und gegen Meier auf 400 Goldmark Strafe. Müller wurde freigesprochen.

Der Wuchanan

Paris, 22. Juli.

Aus London wird gemeldet, daß Sir Wuchanan, der bei Kriegsbeginn englischer Botschafter in Petersburg war, im Alter von 86 Jahren gestorben ist.

gen
fen.
ind.
weiter dem
die in
nden.
r. 54.
ge
a mir
P-
hritten Maß
et bin,
Driftel mit
nach
igung
n,
ere
2 Telle
itz. - Die
ische Ein-
Riese
fälle un-
gültig
sachsen
ters
tänzen.
Program
kasse.
Festball m
tram
ter
1924
heckmarkt
The
stentio
Ereignis
kommende
Woche

